Pfälzischer Merkur, 4.2.2010.

Weniger Zuwanderer, mehr Abwanderer

Migrationsbericht: Erstmals seit 1984 verlassen mehr Menschen Deutschland als neue zuwandern

Erstmals seit 25 Jahren gibt es in Deutschland mehr Abwanderung als Zuzug. Nach dem neuen Migrationsbericht, den das Kabinett gestern beschloss, zogen im Jahr 2008 rund 56 000 mehr Menschen weg als zu.

Berlin. Die Zahl der Einwanderer in Deutschland ist in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen. Wie aus dem gestern vom Bundeskabinett beschlossenen Migrationsbericht 2008 hervorgeht, wurden im vergangenen Jahr bei den Ausländern 10 700 mehr Zuzüge verzeichnet als Fortzüge. 2001 lag dieser Saldo noch bei 188 200. Weiter zugenommen hat den Angaben nach die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte. Aber auch die Zahl deutscher Auswanderer stieg. Insgesamt wanderten 2008 in Deutschland mit 55 700 Personen (Deutsche und Ausländer) erstmals seit 1984 mehr Menschen aus als ein. Der Anteil ausländischer Staatsangehöriger an der Gesamtbevölkerung liegt seit 2004 bei 8,8 Prozent, mehr als jeder Dritte ist Bürger der Europäischen Union, jeder Vierte türkischer Herkunft. Fast zwei Drittel der ausländischen Bevölkerung lebt seit mindestens zehn Jahren in Deutschland.

Maria Böhmer

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU, Foto: dpa) kündigte derweil an, die Integrationsbemühungen zu verstärken.

Angela Merkel

Als „ganz evidente politische Folgerung" aus dem Bericht sei gezogen worden, „dass wir uns noch mehr auch um die Integration der Menschen kümmern müssen, die aus dem Ausland für einen längeren Zeitraum nach Deutschland kommen", sagte Regierungssprecher Ulrich Wilhelm in Berlin. Erfreut äußerte sich die Bundesregierung darüber, dass sich die Zahl der Studierenden aus dem Ausland auf etwa 240 000 erhöht hat und die Zahl der ausländischen Studienanfänger im Wintersemester 2008/2009 mit 53 000 so hoch wie nie zuvor war.

Klaus Bade

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU, Foto: dpa), forderte die deutsche Wirtschaft auf, die „Potenziale von ausländischen Fachkräften" verstärkt zu nutzen. Auch sei es „höchste Zeit" für die Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse. Ein entsprechendes Gesetz müsse innerhalb dieses Jahres auf den Weg gebracht werden.

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration zog unterdessen eine gemischte 100-Tage-Bilanz der schwarz-gelben Regierung. Scharfe Kritik äußerte der Rat an dem geplanten Betreuungsgeld in Höhe von 150 Euro für Eltern, die ihre Kleinkinder zu Hause betreuen und nicht in die Kita geben wollen. Kindern aus sozial schwachen Familien werde dadurch der „frühe Einstieg in den Aufstieg durch Bildung" verbaut, sagte der Migrationsforscher und Vorsitzende des Rates, Klaus Bade (Foto: dpa). Der unabhängige Sachverständigenrat wurde im Oktober 2008 von acht führenden Stiftungen gegründet. Er berät die Politik. Dagegen begrüßte Bade die Verlängerung des Bleiberechts für geduldete Flüchtlinge um zwei Jahre. Ohne diesen Beschluss der Innenminister von Bund und Ländern hätte Anfang 2010 bis zu 30 000 Flüchtlingen eine Abschiebung gedroht. *ddp/dpa*